



**GRÜNE Schweiz**

Urs Scheuss  
Waisenhausplatz 21  
3011 Bern

urs.scheuss@gruene.ch  
031 326 66 04

Bundesamt für Verkehr

3003 Bern

per Mail an: [finanzierung@bav.admin.ch](mailto:finanzierung@bav.admin.ch)

Bern, 21. Oktober 2024

**Verpflichtungskredit für die Abgeltung von Leistungen des regionalen Personenverkehrs (RPV) für die Jahre 2026–2028; Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit dem Verpflichtungskredit für die Abgeltung von Leistungen des regionalen Personenverkehrs (RPV) für die Jahre 2026–2028 haben Sie die GRÜNEN zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Einladung und äussern uns wie folgt.

Für die Abgeltung von Leistungen des regionalen Personenverkehrs (RPV) schlägt die Vorlage für die Jahre 2026–2028 einen Verpflichtungskredit von 3'496 Millionen Franken vor. Aus Sicht der GRÜNEN ist dieser Betrag zu tief und muss erhöht werden. Das Bundesamt für Verkehr (BAV) hat laut dem erläuternden Bericht für die Periode 2026–2028 3'849,4 Millionen Franken veranschlagt. Somit fehlen rund 350 Millionen Franken. Die GRÜNEN lehnen diese Kürzung ab. Sie steht im Widerspruch zu den Verlagerungszielen des Bundes und schadet dem Klima und der Umwelt.

Einerseits braucht es aus Sicht der GRÜNEN beim öffentlichen Verkehr gerade bei den kurzen und mittleren Strecken einen deutlichen Ausbau, da dort das Verlagerungspotential am grössten ist und die Menschen damit vermehrt klimafreundlich unterwegs sind. Statt Kürzungen braucht es hier vielmehr eine öV-Offensive. Andererseits erachten die GRÜNEN das im erläuternden Bericht angeführte Einsparpotential als nicht realistisch. Der Verband öffentlicher Verkehr (VöV) kommt dagegen etwa zum Schluss, dass bei realistischen Annahmen zu den Einsparmöglichkeiten der Verpflichtungskredit um 210 Millionen Franken zu erhöhen ist.<sup>1</sup> Dies entspricht 60 Prozent der Differenz zwischen dem ermittelten Finanzierungsbedarf und dem veranschlagten Verpflichtungskredit. Aus Sicht der GRÜNEN muss daher der Verpflichtungskredit RPV 2026–2028 auf mindestens 3'706, besser aber auf 3'850 Millionen Franken, wie vom BAV veranschlagt, erhöht werden.

Der RPV hat eine Schlüsselstellung bei der Verkehrswende. Indem der RPV ländliche Räume und Agglomerationen mit- und untereinander verbindet und mit den Städten vernetzt, stellt er die Erschliessung der Schweiz durch den öffentlichen Verkehr sicher. Der RPV bildet das eigentliche Rückgrat des öffentlichen Verkehrs und sorgt in Ergänzung zum lokalen öffentlichen Verkehr, dem Fuss- und Veloverkehr sowie dem Fernverkehr für attraktive multimodale Transportketten. Dies ist dringend nötig, um den motorisierten Individualverkehr auf umweltfreundliche und platzsparende Verkehrsmittel zu verlagern. Denn beim Verkehr ist der Handlungsbedarf gross, da sein Anteil an den Gesamtemissionen laufend zunimmt und die Zerschneidung der Landschaft durch Strasseninfrastrukturen eine der grössten Bedrohungen der Biodiversität ist.

---

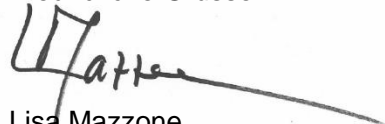
<sup>1</sup> <https://www.voev.ch/de/Medien/Mediendetails?newsid=528>

Auch die Langfriststrategie des Bundesrats «Perspektive Bahn 2050» orientiert sich am Schutz des Klimas. Ziel ist, das Angebot so zu verbessern, damit mehr Menschen den öffentlichen Verkehr anstatt das eigene Autos nutzen. Mit Verkehrsverlagerung soll eine Erhöhung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr auf 27 Prozent bis 2050 erreicht werden. Eine solche Steigerung des öV-Anteils ist nur durch einen massiven Angebotsausbau zu bewerkstelligen. Das grösste Potential ortet auch der Bundesrat bei den kurzen und mittleren Distanzen. Deshalb will er den öffentlichen Verkehr schwergewichtig innerhalb der Agglomerationen und in den intermediären Siedlungsräumen ausbauen. Hier soll das Verlagerungspotenzial durch Angebotsverbesserungen wie Verdichtungen, direkten Verbindungen, bessere Vernetzung mit anderen Verkehrsträgern, Qualitätssteigerung und Ausbau ausgeschöpft werden.

Ohne die entsprechenden finanziellen Mittel für den RPV wird es nicht möglich sein, diese Strategie umzusetzen. Und aus Sicht der GRÜNEN sind Tarifierhöhungen als Kompensation der Beitragskürzungen kontraproduktiv. In den letzten Jahrzehnten haben die Preise im öffentlichen Verkehr stärker zugenommen als die Teuerung, während die Preise beim motorisierten Individualverkehr gleich geblieben und zeitweise sogar gesunken sind. Mit weiteren Tarifierhöhungen würde die Rückverlagerung vom öffentlichen Verkehr auf den motorisierten Individualverkehr gefördert, was den verkehrlichen sowie den klima- und umweltpolitischen Zielsetzungen widerspricht.

Wir danken für die Kenntnisnahme. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Lisa Mazzone  
Präsidentin



Urs Scheuss  
stv. Generalsekretär